

Europa am Scheideweg

Hans Peter Grüner hält die mangelnde Kooperation bei der Krisenbekämpfung für verheerend.

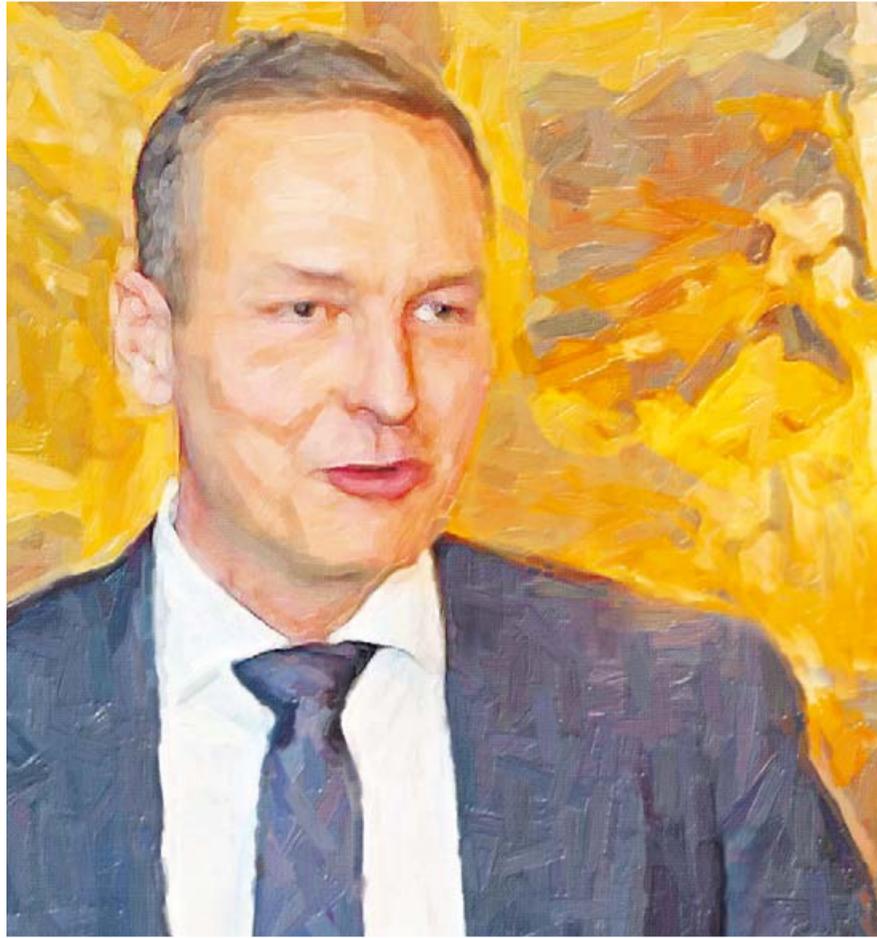
Am 5. Oktober 2008 verkündeten Kanzlerin Merkel und Finanzminister Steinbrück, dass der deutsche Staat die Spareinlagen bei deutschen Banken garantiere. Ihre Ankündigung gilt als ein gelungenes Husarenstück politischer Kommunikation, denn das Versprechen wäre angesichts der Höhe dieser Ersparnisse nicht ohne weiteres einzulösen gewesen. Dabei wird aber oft übersehen, dass Merkel und Steinbrück andere Länder mit ihrem gewagten Manöver in Bedrängnis brachten. Denn mit der Absicherung deutscher Einlagen wirkten deren Banken plötzlich vergleichsweise unsicher, und es entstand ein Anreiz, Einlagen abzuheben oder zu verlagern.

Die deutsche Ankündigung war gut gemeinte nationale Politik - aber ohne europäische Koordination. Entsprechend verärgert reagierte England Regierung - und warnte vor einer Welle des ökonomischen Nationalismus.

Auch heute steht der Kontinent mit der Flüchtlingskrise vor einer gemeinsamen Herausforderung, die seine Länder bislang vor allem mit Alleingängen in der Grenzpolitik beantwortet haben, die andere Länder unmittelbar betreffen. Aber auch die deutsche Entscheidung, Syrer, die im September nach Ungarn gekommen waren, aus humanitären Gründen einreisen zu lassen, hatte weitreichende Folgen für alle Länder, die auf der Balkanroute liegen.

Nationale Alleingänge in Krisensituationen sind in Europa kein Einzelfall, aber sie sind mit Blick auf Europas inneren Zustand ein Stück weit verständlich. Denn gemeinsame Entscheidungen werden in einem langwierigen Prozess intergouvernementaler Verhandlungen getroffen.

Selbst wenn Europa einmal gemeinsam auftritt, macht es gelegentlich den Fehler, Zuständigkeiten ad hoc zu schaffen. Vermitteln Merkel und Hollande zwischen Pu-



PR [M]

tin und Poroschenko, schwächt das die wenigen existierenden Strukturen Europas für ein zentrales Krisenmanagement. Eine Werbung für die EU-Außenbeauftragte Mogherini ist das jedenfalls nicht.

Neben der Krisenbewältigung sind auch die Prognose und die Prävention von Krisen nicht angemessen organisiert. Die EU-Kommission hat 28 Kommissare und 33 spezialisierte Abteilungen. Diese Zahl sollte reduziert werden. Zugleich sollte ein ab-

teilungsübergreifender Ansatz zur Risikoabschätzung und Risikoprävention gestärkt werden - zwischen ökonomischen und politischen Risiken bestehen oft Wechselwirkungen, die Ressortgrenzen überschreiten. Dabei kann sich Europa an den Standards orientieren, die nach der Finanzkrise den Finanzinstituten gesetzt werden. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich fordert etwa von Banken, dass sie eine effektive und von den Einzel-

abteilungen unabhängige Risikomanagementfunktion unter einem Chief Risk Officer einrichten - mit direktem Zugang zum Vorstand. Eine vergleichbare Einrichtung täte auch der EU-Kommission gut.

Spätestens das gleichzeitige Auftreten mehrerer Krisen würde die Schwächen des zeitraubenden intergouvernementalen Ansatzes offenlegen. Gleiches gälte, wenn der stark verschuldete Kontinent durch ein Ereignis an die Grenzen seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit geführt würde.

Die aktuelle Flüchtlingskrise vermag das nicht. Die Europäische Union ist mit einer Bevölkerung von 500 Millionen Bürgern und einem Bruttoinlandsprodukt von 14 000 Milliarden Euro neben den USA die stärkste Wirtschaftszone der Welt. Der Einreisewunsch mehrerer Millionen Bürgerkriegsflüchtlinge überfordert Europa weder ökonomisch noch gesellschaftlich, wohl aber politisch und organisatorisch.

Europa steht vor einer schwierigen Entscheidung. Die Integration von Kapital-, Güter- und Arbeitsmärkten schafft Wohlstand, aber auch weitreichende Externalitäten. Deren gemeinsames Management erfordert verbindliche Regeln oder die Abgabe von Kompetenzen an eine demokratisch legitimierte Zentrale. Die Schulden- und die Flüchtlingskrise machen deutlich: Europas Nationen wollen die Vorzüge der wirtschaftlichen Integration genießen, ohne sich Regeln unterwerfen oder Kompetenzen abgeben zu müssen.

Die Zukunft liegt also entweder im teuren Rückbau der wirtschaftlichen Integration oder in einem europäischen Modell, also der Verbesserung der gemeinsamen Governance und einem gemeinsamen System der Risikovorsorge. Jedenfalls wird sich der Kontinent nicht auf Dauer wie bisher durchwursteln können.

Der Autor lehrt Volkswirtschaft und Wirtschaftspolitik in Mannheim.
gastautor@handelsblatt.com

ANZEIGE

REDEN IST GOLD.

Buchen Sie außergewöhnliche Persönlichkeiten als Redner und prominenten wirtschaftlichen Sachverständigen für Ihre Veranstaltung. Um die Konzeption und Aufbereitung kümmern wir uns auf Wunsch gleich mit.

Handelsblatt **NEU**
REDNER AGENTUR
redner.handelsblatt.com

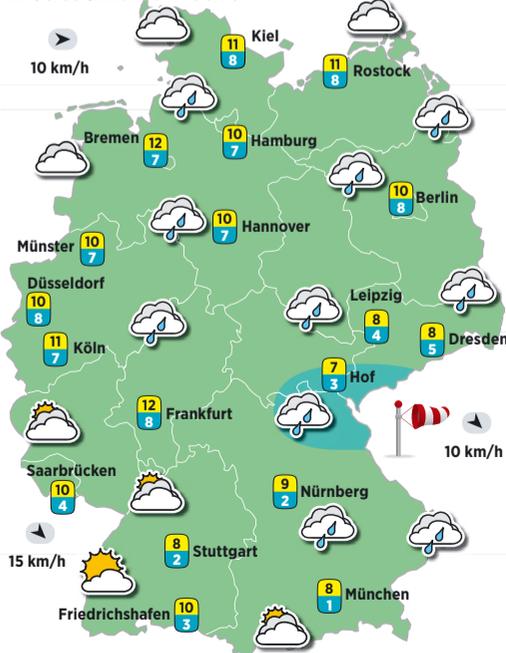
BUSINESS-WETTER 20.10.

HEUTE: Wolken und Regen prägen das Wettergeschehen.

Am **VORMITTAG** gibt es ganz im Süden außerhalb des Nebels etwas Sonnenschein. Sonst dominieren die Wolken mit leichtem Regen. -- **IM TAGESVERLAUF** nimmt die Bewölkung auch im äußersten Süden zu, hier bleibt es aber trocken. Sonst halten sich viele Wolken mit ein wenig Regen. -- Der **WIND** weht schwach bis mäßig aus Südwest bis Nord. -- Die **NACHT** ist ganz im Norden gering bis mäßig bewölkt. In den übrigen Landesteilen sind viele Wolken mit örtlichem, leichtem Regen anzutreffen.

Aussichten	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Norden	7° 12°	10° 14°	11° 14°
Mitte	7° 11°	9° 12°	10° 14°
Süden	5° 10°	5° 10°	6° 11°

Deutschland heute



Welt

Amsterdam	13°
Bangkok	35°
Buenos Aires	23°
Chicago	25°
Genf	10°
Hongkong	31°
Johannesburg	29°
Kairo	32°
Kapstadt	26°
Los Angeles	24°
Mailand	16°
Manila	31°
Mexiko Stadt	28°
Miami	29°
New York	21°
Peking	15°
Prag	10°
Stockholm	9°
Tokio	21°
Washington	22°
Wien	11°
Zürich	11°

